[UVB lehnt Abschottung Deutschlands und Abkehr von Europa ab]

25.01.24

UVB lehnt Abschottung Deutschlands und Abkehr von Europa ab

Berlin, den 25. Januar 2024 - Die Wirtschaft in Berlin und Brandenburg unterstützt die zahlreichen Demonstrationen in ganz Deutschland gegen Rechtsextremismus und für Toleranz und Vielfalt. In einer Erklärung des Präsidiums des Spitzenverbands heißt es, Pläne zur Deportation von Menschen stießen auf den Widerstand der Unternehmen in der Hauptstadtregion. „Solche Vorhaben sind menschenverachtend und geschichtsvergessen. Sie würden unserem Land zudem massiven schaden.“ Präsident der UVB ist Stefan Moschko, Deutschland-Personalchef der Siemens AG.

Die UVB-Führung warnt überdies vor den wirtschaftlichen Folgen einer Politik der Abschottung. „Ohne Zuwanderung müsste unser Land massive Wohlstandsverluste hinnehmen“, warnt das Präsidium. Arbeits- und Fachkräfte mit ausländischen Wurzeln bereicherten die Unternehmen mit ihrem Wissen und ihrer Kultur. Zudem wäre ohne sie der Personalmangel in vielen Branchen noch eklatanter. „Zweifellos funktioniert die Integration nicht immer reibungslos und erfordert manche Kraftanstrengung“, erklärte das Präsidium. „Dieser Aufgabe müssen wir uns als Gesellschaft stellen, statt uns nach außen abzuschotten.“

„Wohlstand auf das Engste verknüpft mit Binnenmarkt, Währungsunion und Freizügigkeit“

Auch einer Abkehr von der Europäischen Union erteilten die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg eine Absage. Die Ablehnung der europäischen Einigung sei „brandgefährlich“ und die EU ein beispiellos erfolgreiches Friedensprojekt. Zudem sei „unser Wohlstand auf das Engste verknüpft mit Binnenmarkt, Währungsunion und Freizügigkeit“. Die EU in Frage zu stellen bedeute, das Herz des deutschen Geschäftsmodells zu treffen. Die Hälfte des Exports der Berliner Unternehmen gehe in die EU, Brandenburgs Wirtschaft setze sogar zwei Drittel ihrer Ausfuhren in den Mitgliedstaaten der Union ab.

„Das Projekt EU mag nicht perfekt sein. Doch die Bilanz fällt unter dem Strich sehr positiv aus. Nur als gemeinsamer Markt kann Europa ein wirtschaftliches und politisches Schwergewicht bilden, das gegenüber den Machtzentren der Welt selbstbewusst auftritt“, urteilt das UVB-Präsidium. In ihm sind alle wichtigen Branchen und Wirtschaftszweige des Dachverbands vertreten, der rund 60 Mitgliedsverbände repräsentiert.

Das Gremium rief die Mitgliedsunternehmen auf, für Werte wie Freiheit, Toleranz, Menschlichkeit und Demokratie in den Betrieben einzustehen. „Bei den Wahlen in diesem Jahr wird auch darüber entschieden, welchen Stellenwert wir diesen Prinzipien in unserem Gemeinwesen einräumen. Jede Wählerin und jeder Wähler ist aufgerufen, Verantwortung zu übernehmen.“

Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Erklärung des UVB-Präsidiums

Wirtschaft in Berlin und Brandenburg wendet sich gegen Intoleranz und Abschottung

Download (PDF, 60 KB)

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:
+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] uvb-online.de

Download VCF